

## Provisorium beenden

**Führerschein beantragen, Pass verlängern, Müllbeutel bezahlen: Wer bei der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn bei der Kasse oder beim Meldeamt etwas zu erledigen hat, muss an der Außenseite des Gebäudes an eines der Fenster kommen. Das kann nicht so bleiben, kritisieren die Grünen.**



*VON DOROTHEA RICHTER*

**ENKENBACH-ALSENBORN.** 6000 Euro sind im Nachtragshaushalt der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn für eine Überdachung von Kasse und Meldeamt vorgesehen. „Ist es wirklich geplant, dass dieses Provisorium weiterhin aufrechterhalten werden soll?“, fragte Christine Braun-Schilling (Grüne) in der Sitzung des Verbandsgemeinderats Enkenbach-Alsenborn am vergange-

nen Donnerstagabend. Zeitweilig waren vor den Fenstern Pavillons aufgestellt gewesen. Für die Zeit der Corona-Pandemie sei dies zwar gerechtfertigt gewesen, aber für die dauerhafte Nutzung eigne sich das nicht, da der Datenschutz nicht gewährleistet sei, wozu ihr Gerhard Penner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FWG, beipflichtete.

„Die Leute stehen hintereinander und nah beieinander. Alles passiert in der Öffentlichkeit. Drinnen könnte man die Tür hinter sich zumachen“, spielte Braun-Schilling darauf an, dass Meldeamt und Kasse für Besucher seit der Pandemie nicht von innen erreichbar sind.

Es solle geprüft werden, ob dieser Haushaltsansatz überhaupt noch gebraucht werde, regte Stephanie Schmitt (Grüne) im Rat an. In Hochspeyer könnten die Bürger das Verwaltungsgebäude betreten, daher solle man nicht mit zweierlei Maß messen. Für die Bürger sei es zudem angenehmer, in die Verwaltung gehen zu können, anstatt als „Bittsteller“ am Fenster zu stehen.

„Da wir nicht wissen, nicht wie es mit Corona im Winter weitergeht, war die Überlegung, das bisherige Provisorium fest zu installieren, damit es nicht, wie beim Schneeeinbruch im April, zusammenbricht“, sagte Silke Brunck, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn (SPD).

Dabei solle auch darauf geachtet werden, dass der Datenschutz gewährleistet werden könne. Man werde den Punkt jetzt aber noch mal neu verhandeln, versprach Brunck.